

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag.a Karin Greiner

betreffend transparente, zweckmäßige und sparsame Postenvergabe

eingbracht am 24. Mai 2023 im Zuge der Debatte zu TOP 4, Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Generalsekretariate in den Bundesministerien – Reihe BUND 2021/12 (III-276 d. B.)

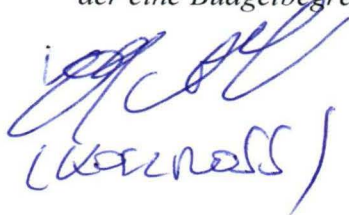
Seit Jahren steigen die Personalkosten in den Ministerien. Aus einer Anfragebeantwortung geht hervor, dass die Personalkosten beim Kanzlerwechsel von Christian Kern zu Sebastian Kurz stark gestiegen sind, aber auch beim Regierungswechsel 2019. Sogar nach dem Amtsantritt von Bundeskanzler Nehammer sind die Kosten erneut gestiegen. Die Steigerungen können nur zu einem kleinen Teil durch die Inflation erklärt werden. Durch eine Sonderprüfung des Rechnungshofs auf Verlangen der SPÖ und dem daraus resultierenden Rechnungshofbericht „Reihe Bund 2021/12“ zu den Generalsekretariaten wurde zudem aufgedeckt, dass zusätzlich zu den steigenden Personalkosten in den Ministerien eine weitere Stelle geschaffen wurde, die hohe Kosten verursacht. Fraglich ist, warum es plötzlich notwendig ist, über so viel mehr Personal zu verfügen. Es scheint, als würden die Ministerien ohne Bedarfsanalyse und Bedacht für das Geld der SteuerzahlerInnen Personal aufstocken. Bundesregierungen handeln aber mit Steuergeld und sind dazu verpflichtet, dieses transparent, zweckmäßig und sparsam einzusetzen.

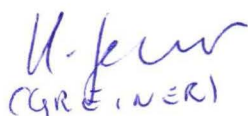
Um für Transparenz, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit zu sorgen und damit Steuergeld zu sparen, stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

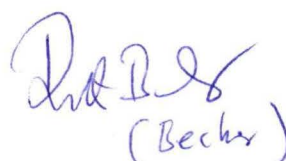
Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

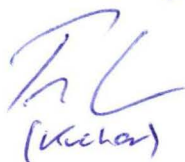
"Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesvorschlag vorzulegen, der eine Budgetbegrenzung für Ministerbüros und Generalsekretariate vorsieht."


(Kern) (Greiner)


(Greiner)


(Becher)


(Seemayer)


(Kuchan)